

An die Vertreterinnen
und Vertreter der Medien

Mainz, 7. September 2010

PRESSEMITTEILUNG

LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz (LSV) kritisiert zu wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler in den Schulträgerausschüssen

Vor mittlerweile über einem Jahr wurden in Rheinland-Pfalz auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte 36 SchülerInnenvertretungen gegründet. Doch die Arbeit dieser Gremien wird von der Landesregierung nicht genügend respektiert. Warum sonst haben die Delegierten dieses Gremiums kein Stimmrecht in den Schulträgerausschüssen?

Genau so wie in den einzelnen Schulen und auf Landesebene mehr Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern dringend notwendig ist, brauchen wir auch auf der regionalen Ebene der Kreise und Städte ein demokratischeres Miteinander, wenn es um Fragen des Schullebens geht.

Philipp Bodewing, Pressereferent der LSV: „Wir fordern ein Stimmrecht für die Schülerinnen und Schüler der Kreis- bzw. StadtschülerInnenvertretung, die auch heute schon an den Sitzungen der Schulträger teilnehmen. Diese werden allerdings bis jetzt mit einem Rederecht vertröstet.“

„Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz will, dass das Ministerium noch einmal über diese Regelung nachdenkt und endlich auf mehr Mitbestimmung aller Beteiligten am Schulleben setzt“, so Marlene Schmahl, Mitglied des Landesvorstands.

Diese Entscheidung kann nach Meinung der LandesschülerInnenvertretung nicht den Schulträgern selbst überlassen werden, sondern muss vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur für ganz Rheinland-Pfalz dringend geregelt werden.

Für weitere Informationen steht Ihnen der Pressereferent der LSV, Philipp Bodewing, zur Verfügung.
Handynummer: 0177 / 345 32 05 (außerhalb der täglichen Schulzeiten)

E-Mail: Philipp.Bodewing@lsvrlp.de